

Reformierte Reform - Betrübliches zum Studiengang Psychologie in Bremen

Tietel, Erhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tietel, E. (1983). Reformierte Reform - Betrübliches zum Studiengang Psychologie in Bremen. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 7(4), 15-29. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-209531>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

REFORMIERTE REFORM - BETRÜBLICHES ZUM STUDIENGANG PSYCHOLOGIE IN BREMEN

ERHARD TIETEL

Vorbemerkung:

Dieser Artikel gibt weder Aufschluß über die Besonderheiten des Bremer Studiengangs Psychologie und darüber, was es heißt, in Bremen Psychologie zu studieren, noch erfüllt er die Anforderung an eine Dokumentation. Es handelt sich vielmehr um einen Versuch, aus der Perspektive eines empörten Studenten Prozesse in streitbarer Absicht zu beschreiben und zu interpretieren, die zum Niedergang wesentlicher Momente des Bremer Psychologiestudiums beitragen - und die im Hinblick auf ein allgemeines roll back im Hochschulwesen exemplarische Züge tragen.

Einleitung

Im Wintersemester 1977/78 öffnete der Studiengang Psychologie an der Uni Bremen seine Pforten für die ersten Hundert Studienanfänger. Zu einer Zeit also, als sich die Angriffe auf die 'rote Bremer Kadenschmiede' verstärkten, sollte nun auch im Fach Psychologie ein Reformstudiengang aufgebaut werden, der sich inhaltlich von den übrigen traditionellen Psychologieausbildungen unterschied: Projektstudium, Orientierung an Gesundheits- und sozialpolitischen Problemen, Theorie-Praxis-Bezug; studienbegleitende Leistungsnachweise, die in der Auseinandersetzung mit konkreten Fragestellungen im Prozeß z.B. eines Projektes erworben werden konnten, ersetzten die Vordiplomprüfungen, die sich in der Regel in bloßem Pauken eines standardisierten, toten Wissens erschöpfen. Doch der Studiengang bekam die Halbherzigkeit sozialdemokratischer Reformvorhaben recht schnell zu spüren: Die Konflikte, die sich aus diesem Reformversuch mit den etablierten Ausbildungsstätten und Berufsverbänden ergaben, wurden von senatorischer Seite an den Studiengang in Form von Zwängen weitergegeben: Reform ja, aber bitte so, daß nicht wirklich etwas anderes dabei herauskommt; und schon gar nichts, was irgend jemand auf die Zehen tritt.

Trotz dieser von Anbeginn halbherzigen Realisierung des Studiengangs erschien dieser für viele Studenten bzw. Studienwillige als Hoffnungsschimmer am Himmel der zu meist naturwissenschaftlich-positivistischen Psychologie: Bremen liegt an führen-

der Stelle bei den Bewerbern um einen Studienplatz Psychologie, die Studienplatz-tauschbörse weist Bremen als begehrten Studienort aus, und auf den semesterweise stattfindenden bundesweiten studentischen Fachtagungen wurden wir oft mit idealisierenden Vorstellungen über das Bremer Studium konfrontiert.

Die Wirklichkeit des Studiengangs hingegen ist inzwischen trist. Enttäuschte Hoffnungen bei Hochschullehrern wie Studenten, Mängelverwaltung eines im Aufbau wieder abgebrochenen Reformstudiengangs, Anpassungsprozesse an den bundesdeutschen Einheitsausbildungsbrei; daß ich dennoch auch heute Bremen als Studienort wählen würde, ist ausschließlich einem Teil des Lehrkörpers geschuldet, der qua Person für bestimmte Inhalte einsteht - nicht mehr jedoch der spezifischen Organisation des Studienbetriebs.

An dieser Misere ist der Studiengang nicht so unbeteiligt, wie er in seinen offiziellen Darstellungen erscheinen möchte; über diese Prozesse im 'Inneren', die dem Außendruck entgegenkommen, soll hier vor allem berichtet werden.

Die 'planvolle Planlosigkeit' des Senators für Wissenschaft

Für das Verständnis des Geschehens im Studiengang ist es notwendig, sich das Ausmaß der Eingriffe von Seiten der senatorischen Behörde klar zu machen. Dies soll nur skizzenhaft geschehen, da hierzu bereits ausführliche Dokumentationen vom Studiengang veröffentlicht wurden.

Schon die Eröffnung des Studiengangs geschah gegen den erklärten Willen der Universität, die darauf hinwies, daß die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Studiengangs Psychologie noch nicht gegeben waren. Auch die hohe Zulassungszahl an Studenten wurde vom Studiengang als unverantwortbar abgewiesen. Zwischenzeitlich reduzierte der Senator eigenmächtig Studentenzahl und Hochschullehrerstellen um fast die Hälfte, was erhebliche konzeptionelle Einschränkungen mit sich bringt. Die Berufungsverfahren für die Hochschullehrer wurden unerträglich lange hinauszögert: teilweise dauerten Prüfungsverfahren bis zu zwei Jahren. Drei Berufungen, auf die gerade auch die Studenten gehofft hatten, wurden - zumeist wohl aus politischen Gründen - abgelehnt. Diese Stellen: Kommunikations- und Interaktionsanalyse, Persönlichkeitsforschung und Geschichte der Psychologie/Erkenntnistheorie (Erstplatzierte waren in obiger Reihenfolge Ali Wacker, Günter Rexilius, Klaus-Jürgen Bruder) stehen bis heute zur Berufung an; Stellen wie Klinische Psychologie, Diagnostik und Methodenlehre/Statistik wurden besetzt. Die oben Genannten wurden bei den Berufungsverfahren entwürdigender Begutachterkleinkriege ausgesetzt, die trotz mancher Blamagen für den Senator nicht zu Berufungen führten.

Der Studiengang war durch diese Verzögerungen gezwungen, bis zu 60% der Lehre durch Lehrbeauftragte abzudecken, die wiederum die Zusage zu diesen Lehraufträgen

erst gegen Mitte des jeweiligen Semesters bekamen, was zu einer permanenten Lehrunsicherheit führte.

Auch bezüglich des Curriculums und der Personal- und Sachausstattung war der Studiengang von Anfang an Begutachterverfahren ausgesetzt. Bei wesentlichen Entscheidungen berief der Senator sich in der Regel auf seinen 'auswärtigen Sachverstand', der anonym blieb und somit nicht konfrontiert werden konnte. Gutachten, die dem Senator nicht paßten, verschwanden in seiner Schublade; mit Hinweis auf diese Gutachten wurden Entscheidungen verzögert oder verhindert. Auch zur Zeit wird der Studiengang wieder begutachtet: seit diesem Frühjahr tagt eine Landesstudienreformkommission, die seit zwei Jahren arbeiten sollte; mit dem Hinweis auf diese Kommission wurden in der Zwischenzeit alle Anforderungen von seiten des Studiengangs aufgeschoben. Ergebnis der Kommission wird die in Zukunft geltende Prüfungs- und Studienordnung sein, zudem die endgültige Festlegung der noch zu berufenden Hochschullehrerstellen. Ein weiterer Schritt in Richtung Anpassung an den Bundesdurchschnitt ist absehbar.

Die Lehrauftragskapazität wurde gesenkt, die Kriterien an Lehrbeauftragte verschärft, deren Prüfungsberechtigung eingeschränkt - alles Todesstöße für das Projektstudium. Der Studiengang Psychologie kommt in einer Dokumentation zu dem Schluß, daß "Kooperationsunwilligkeit, Konzeptionslosigkeit, Mißtrauen, bürokratische Umständlichkeit auf seiten der senatorischen Behörde" zumeist zu "miserablen Studienbedingungen für die Studenten, Überlastung der Hochschullehrer, Behinderung der Forschung und Lähmung der Lehrprojekte führten". So trat "an die Stelle der projektorientierten, kooperativen Aufbauphase des Studiengangs von Anfang an seine institutionalisierte Verarmung".

Standesdünkel - oder die Mumifizierung des Bestehenden

Die merkwürdige Politik des Senators für Wissenschaft, einen Reformstudiengang einzurichten und zugleich alles zu dessen Verhinderung zu tun (was letztlich nichts anderes ist als das, was die Psychoanalyse eine Symptombildung nennt), bleibt unverständlich, führt man sich nicht vor Augen, daß die Uni Bremen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre immer stärker von allen möglichen Organisationen im Bildungsbereich unter Beschuß genommen wurde. Gerade auch der Studiengang Psychologie blieb davon nicht unberührt. Schon früh wurde die Gleichwertigkeit des Bremer Studiengangs mit den übrigen Psychologiestudiengängen in Frage gestellt und die Qualität der Bremer Ausbildung bezweifelt. Die Universitäten Frankfurt und Hamburg akzeptierten das Bremer Vordiplom nicht und nahmen Bremer Studenten die Möglichkeit, nach dem Vordiplom an für sie interessante Universitäten zu wechseln.

Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie, vertreten durch ihren Präsidenten Prof. Heckhausen, und der Berufsverband Deutscher Psychologen, in Gestalt ihres Präsi-

ten Volker Ebel, attackierten die beiden Reformstudiengänge Oldenburg und Bremen mit Änderungsforderungen. Dabei weist der von den Standesverbänden erhobene Vorwurf der Schmalspurigkeit eher auf diese zurück; wurde doch in Bremen zumindest in den ersten Jahren der Versuch unternommen, über die in der Psychologieausbildung herrschende Eindimensionalität hinauszugehen und in relevante psychologische Gegenstandsbereiche kritisch vorzustoßen. Ein Blick in die Vorlesungsverzeichnisse der ersten Jahre macht dies deutlich.

Der senatorischen Behörde fehlte nun jedoch das Rückgrat, die selbstinitiierten Reformbemühungen kraftvoll gegenüber den Vertretern etablierter Standesverbände zu vertreten; im Gegenteil: die Angriffe dienten ihm als Legitimation, seinerseits den Studiengang ans Gängelband zu legen.

Rückgratverkrümmung - oder was der Studiengang Psychologie aus dem macht, was man aus ihm gemacht hat

a) Der Unschuld kurze Dauer

Die Bereitschaft, anders zu studieren und auch zu lehren als an traditionellen Psychologiestudiengängen, einigte anfangs Studenten und Hochschullehrer. Neue Inhalte, Gesellschaftsbezug, Projektstudium usw. - all dies erforderte neue Formen des Lehrens und Lernens; und man war bereit dazu! Unter den Hochschullehrern der ersten Stunde gab es die starke Position: lieber keinen Psychologiestudiengang als einen traditionellen. Und auch unter Studenten war die Bereitschaft groß, nicht zielgerichtet sich arbeitsmarktförderliches Fachwissen einzuverleiben, sondern kritische Praxisvorstellungen zu entwickeln und theoretisch Kritik zu üben: Kritik an einer Gesellschaft, die massenweise psychisches Elend produziert und zu dessen Verwaltung Psychologen tauglich gemacht werden sollen.

Doch der Friede war nicht von langer Dauer. Einige zentrale Konflikte, die sich bis heute behaupten, waren früh angelegt, und es hat bald gekracht. Vermittelt durch den Studiengangsplaner kamen inhaltlich ganz bestimmte Reformvorstellungen auf den Tisch, die sich zwar von den traditionellen Inhalten unterschieden, vielen Studenten jedoch nicht paßten; nicht zuletzt deshalb, weil das Alternativcurriculum doch nur wieder ein verplantes und durchgeregeltes Studium hervorbringen würde. Kann man in exemplarischer Auseinandersetzung mit einer - auch von Studenten mitgewählten - Fragestellung sowohl Fachwissen als auch kritische Reflexionsfähigkeit erwerben, oder muß sich jeder Student ganz bestimmte Grundlagenkompetenzen (Basiswissen) aneignen? - das waren zentrale Fragen, die heftig diskutiert wurden. Als der erste Jahrgang ins Hauptstudium kam, wollten die Studenten Projekte, der Planer und ein Teil der Hochschullehrer ein Basiskompetenzvermittlungssemester.

Starke Konflikte entbrannten, die Studenten setzten sich durch. Auch um Berufungsverfahren, Prüfungsordnung, Fragen von apparativer Ausstattung, unterschiedliche psychologische Positionen entwickelten sich Auseinandersetzungen; der Studiengang differenzierte sich. Im Gegensatz zu heute wurden diese Diskussionen jedoch noch öffentlich ausgetragen.

b) Die 'zweite Generation' von Hochschullehrern rückt ein ...

In der ersten Phase des Studiengangs befanden sich die traditionellen Psychologen in einer eher randständigen Position. Personen wie Winfried Gottschalch, Thomas Leithäuser, Walter Heinz, Gerhard Vinnai u.a. standen für ein eher gesellschaftswissenschaftlich und 'verstehensorientiertes' Studium.

Durch die selektive Berufungspolitik des Senators verstärkt, zog nach und nach eine zweite Generation von Hochschullehrern ein, die das Bild entscheidend verändern sollte. Es waren gerade auch traditionell zentrale Hochschullehrerstellen, die besetzt wurden: Allgemeine Psychologie und kognitive Prozesse, Diagnostik und Methodologie & Statistik: die Herren Stadler, Baumgärtel und Henning.

Diese 'zweite Generation' von Hochschullehrern, die sich im Gegensatz zu den eher interdisziplinär orientierten der ersten Stunde stärker im engeren Sinne als Psychologen verstanden, bestimmten fortan die Entwicklungen im Studiengang. Die frisch gebildete Allianz der eher traditionellen Psychologen mit den Kollegen der nun auch stärker gewordenen 'gewerkschaftlich'-orientierten Fraktion war sich schnell einig darin, daß das Studium ein anderes Gesicht bekommen sollte: mehr Gewicht für die Methodenausbildung, mehr Grundlagenvermittlung, stärkere Strukturierung des Studiums, Schluß mit der Vernachlässigung der traditionellen Fächersystematik mit ihrem angeblich gesicherten Wissensbestand.

... und die Gründer räumen den Platz

Warum? Das wüßte ich auch gerne. Rückzug auf die eigene Forschung, Kollegensolidarität, Anpassungsprozesse an veränderte Einflußstrukturen, Resignation, vielleicht auch das Gefühl, nicht wirklich anerkannter Psychologe zu sein - wer weiß schon, was da noch eine Rolle gespielt haben mag; sie machten es den engagierten, planungswilligen Neulingen jedenfalls leicht, ihre Vorstellungen durchzusetzen, und ließen die Liberalität unverteidigt niedergehen.

c) Des Studiengangs neue Kleider I

Was den schlechtesten Baumeister von der besten Biene unterscheidet, sei, daß jener das Ergebnis seines Handelns schon im Kopf vorwegnimmt; so ein in unserem Studiengang vielbeachteter Satz aus dem Marx'schen Spätwerk. Doch Vorwegnahme heißt

immer auch Verschränkung mit dem Vorweggenommenen, und der Studiengang wäre manchmal mit Bienen besser bedient gewesen als mit Baumeistern; hieß Vorwegnahme hier doch immer Verschränkung in die Absichten des Senators für Wissenschaft und Kunst. "Wenn wir nicht eine dem Senator genehme Prüfungsordnung machen, folgt der Oktroi"; ob es um die Prüfungsordnung, die Studienordnung oder um die Veranstaltungsplanung ging, die Restriktionen im Studiengang wurden in der Regel mit dem Hinweis auf den drohenden Senator eingeleitet. Ironie der Geschichte: Der Studiengang legt dem Senator hochkomplizierte Kompromißkonstrukte z.B. in Fragen der Prüfungsordnung vor, und der Senator plädiert von sich aus in Einzelfällen für liberalere Lösungen. Heute sorgt die Landesstudienreformkommission dafür, daß der Studiengang sich anstrengt, daß auch alles ordentlich und geregelt aussieht. Diese Art des Vorwegnehmens verhindert jegliche offensive Auseinandersetzung über die Berechtigung bestimmter Reformideen und Schwerpunktsetzungen. Statt dessen soll der Nachweis erbracht werden, daß in Bremen doch ein gleichwertiges Studium absolviert wird, und im Zuge dieser Beweisführung wird es auch tatsächlich immer gleichartiger - was von seiten der Berufsverbände schon längst gefordert wird.

Im Zuge dieser 'Vorwegnahmen' und in Verbindung mit Kapazitätseinschränkungen entwickelt sich im Studiengang ein Standardcurriculum für das Grundstudium, in dem für studentische Interessen kaum noch Raum bleibt. Es kommt zu einer fatalen Aufteilung in 'notwendige' und 'Luxus'-Veranstaltungen, wobei die Trennungslinie von der traditionellen Fächereinteilung gezogen wird. Waren Veranstaltungen früher in der Regel von einer inhaltlichen Fragestellung bestimmt und wurden der jeweiligen Veranstaltung vom Veranstalter Prüfungsgebiete zugewiesen, so ist es jetzt die Einteilung in Prüfungsgebiete, die den Studienverlauf und die Veranstaltungsplanung bestimmt.

Über eine sog. 'freiwillige Selbstbeschränkung' werden klammheimlich Lehrstühle etabliert: Jeder Hochschullehrer sieht sich neuerdings nur noch für einige wenige Gebiete der Psychologie zuständig. Insgesamt erfolgt ein stärkerer Bezug auf den traditionellen Fächerkanon, ein Zurückgehen des Bezugs auf außeruniversitäre und im weiteren Sinne gesellschaftliche Fragestellungen; dies führt zu einer wachsenden Sterilität der Ausbildungsinhalte, die sich bei den Studenten schon in Lustlosigkeit umgesetzt hat.

Die kurz skizzierten Tendenzen in Richtung einer Standardisierung sind nun nicht nur Reflex auf senatorische Drohungen und Restriktionen, sondern auch im Interesse einer planungswilligen Gruppe der Hochschullehrer. Zu fragen wäre, ob ein Hochschullehrer mit traditioneller Fachorientierung, traditioneller Ausbildung und Herkunft von traditionellen Universitäten überhaupt in der Lage ist, sich auf kooperative und offene Prozesse sowohl inhaltlicher als auch zwischenmenschlicher Art einzulassen, die ein Projektstudium verlangt. Die Hochschullehrer der 'zweiten

Generation' standen jedenfalls von Anfang an dem Bremer Modell äußerlich gegenüber. Es ist auch zu fragen, ob positivistisches Denken nicht bestimmte bürokratische Organisationsformen bedingt; ob nicht zudem die Organisation des Wissenschaftsbetriebs und die traditionellen Theorien selbst Bürokratisierung in Form von Curricularisierung nahelegen. Experimentelles Lernen beansprucht Zeit, Geduld, Energie und Willen; verdinglichtes Denken, Bürokratisierung etc. steht in Übereinstimmung mit gesellschaftlichen Strukturen und Tendenzen und setzt sich auch ohne die bewußte Intention der Beteiligten durch. Zudem kann man die Frage stellen, ob die bei Studenten unbeliebten Hochschullehrer sich durch diese Curricularisierung untereinander Studenten zuschustern.

Die Einschränkung der Prüfungsberechtigung von Lehrbeauftragten und Hochschullehrern anderer Studiengänge rundet den oben skizzierten Rahmen ab; daß diese Tendenzen auch schon außerhalb des Studiengangs bemerkt werden, zeigt ein Brief einer Hochschullehrerin aus einem Nachbarstudiengang, der sich mit der Anerkennungspraxis im Studiengang Psychologie auseinandersetzt. Sie fragt sich, "ob der Studiengang Psychologie die 'Geburt' eines Fachbegriffs vorbereitet, der alle jene Diskussionen um Interdisziplinarität, wissenschaftlich notwendige Fachüberschreitung, berufspraktische Relevanz, studiengebietsüberschreitende Inhalte hinter sich läßt und eine ganz neue Form von Betriebsblindheit etabliert ..."

Des Studiengangs neue Kleider II

Diese Betriebsblindheit, die sich in einer rigiden Auslegung des Begriffs 'psychologisch' ausdrückt, trägt unterschiedliche Masken, die kurz skizziert werden sollen. Ein Moment besteht in schleichenden Leistungsanhebungen - teilweise Verdopplung bis Verdreifachung der formalen Anforderungen an den Erwerb von Leistungsnachweisen. Dies führt zu Verschulung, Entmündigung, Ängsten und Orientierung des Studiums nicht an den Inhalten, sondern der zu erbringenden Leistung.

Bewährtes Mittel zur verborgenen Durchsetzung eigener Interessen - die Abschreckpädagogik. Hochschullehrer drohen mit zukünftiger Arbeitslosigkeit, Unfähigkeit im Beruf etc., falls Studenten sich nicht auf die Inhalte einlassen, die als die zentralen für wirkliche psychologische Ertüchtigung ausgegeben werden. Wer nicht in der Woche 40 Stunden für sein Studium arbeitet, der sollte es lieber bleiben lassen, und wer auch noch arbeiten muß, um leben zu können, bzw. Kinder zu versorgen hat, der kann eigentlich nicht studieren (wobei zu sehen ist, daß der Bremer Altersdurchschnitt von Studienanfängern bei ca. 30 Jahren liegt und auf viele Studenten beide Bedingungen zutreffen).

Verbürokratisierung des Studienablaufs durch restriktive Auslegung der Prüfungsordnung. Konflikte werden so weit zugespitzt, bis eine formale Lösung mittels Rechtsauskünften erforderlich ist. Spielräume werden beseitigt durch rigide Zu-

ordnungen von Veranstaltungen zu Prüfungsteilbereichen, Verplanung des Studienablaufs. Fragen der formalen Abwicklung des Studiums dominieren Gremienarbeit, Projektplena, Studiengangsdiskussionen. Formalisierung statt inhaltlicher Diskussionen. Seit etwa zwei Jahren werden Studenten systematisch aus Diskussions- und Entscheidungsprozessen ausgeklammert. Die Hochschullehrer treffen sich zu einem regelmäßigen Termin, bei dem alle wichtigen Fragen vorentschieden werden. Keine Bereitschaft mehr zu Studiengangsöffentlichkeit; man könnte von einem systematischen Kommunikationsabbruch sprechen. Dieser Kommunikationsabbruch macht sich bis in die Strukturierung und Organisation von Projekten bemerkbar. Auch hier ziehen die Hochschullehrer ihre Veranstaltungen durch und entziehen sich gemeinsamen Projektplanungen.

Ein letzter, jedoch wichtiger Punkt in diesem Rahmen ist die Vorgezogene Umsetzung der Studienreform. Eine studiengangsinterne Arbeitsgruppe aus Hochschullehrern und Mitarbeitern legt ein Papier zur Neuordnung des Grundstudiums vor. Dieses Papier, das erklärterweise ein unverbindliches Diskussionspapier ist, findet im Studiengang vorerst keine Mehrheit, wird dennoch schrittweise umgesetzt. Wenn Hochschullehrer sich weigern, im zweiten Semester Projekte anzubieten, selbst wenn dies in der Prüfungsordnung vorgesehen ist, dann gibt es eben keine. Wenn Hochschullehrer der Meinung sind, daß die Methodenausbildung in die Projekte gehört, dann gibt es eben in jedem Projekt eine Methodologieveranstaltung - ob es nun zum Gegenstand paßt oder nicht, etc.

Als Tutor der Studieneingangsphase mußte ich erleben, wie gerade die Studienanfänger, die engagiert versuchten, für das Grundstudium Veranstaltungen und Projekte mit Hochschullehrern zu planen, ins Leere gelaufen sind, sich niemand zuständig fühlte, und so nach kurzer Zeit Engagement und kraftvoller Studienbeginn in Resignation, Rückzug und Enttäuschung umschlug.

Kurzes Zwischenspiel: Ein Toast auf die Natürlichkeit

Auf der Semestereröffnungsveranstaltung des Studiengangs im SS 83 wurde Herr Henning von einer Studentin darauf angesprochen, daß in seiner Ankündigung der Methodologieveranstaltung der Leistungsnachweis nicht in einem Semester zu erlangen sei, sondern nur durch 'aktive Teilnahme' in mehreren Semestern. Dies gab es noch nie am Studiengang.

Herr Henning antwortete sinngemäß: Natürlich könne ein solcher Leistungsnachweis, der ja natürlich den gleichen Stellenwert hat wie Vordiplomprüfungen in anderen Psychologiestudiengängen, nicht schon im zweiten Semester vergeben werden. Außerdem sei es ja natürlich eh so, daß im Laufe des Projektes bestimmte Scheine vergeben werden können, die natürlich am Ende des Projektes ausgestellt werden. Außer-

dem sei natürlich keiner gezwungen, an der Veranstaltung teilzunehmen, und das Ganze sei natürlich nicht als ein Zwang zu interpretieren. (Ich möchte nicht ausschließen, daß ich ein 'natürlich' zuviel gehört habe, E.T.)

So mußte die Natürlichkeit dafür herhalten, daß auch ja keiner auf die Idee kommen konnte, daß dieses Verfahren keineswegs so naturgewollt sei und daß man über die Veränderung der Praxis der Vergabe von Leistungsnachweisen vielleicht auch Worte verlieren könnte. Der Erfolg gab Herrn Henning Recht: Es kamen tatsächlich (oder: natürlich?) keine Nachfragen.

d) Szenen zur Dialektik der Liberalität

Die liberaleren Hochschullehrer des Studiengangs plädieren für offene Formulierungen in Studien- und Prüfungsordnung. Ihr Argument: 'Ordnungen haben Regelcharakter. Regeln bieten Spielräume. Diese Spielräume werden im Studiengang großzügig genutzt.' Der Diplomprüfungsausschuß, der nun in aller Interesse großzügig beschließen soll, steht zur Besetzung an. Wer garantiert diese Liberalität? Die Hochschullehrer wählen den Kollegen in den Ausschuß, der als Exponent konservativ-technokratischer Position den unbeliebten Außenseiter am Studiengang darstellt.

Der Prüfungsausschuß wird nun zu dem Gremium, von dem die Formalisierungen und Reglementierungen ausgehen: Alle wichtigen Fragen werden durch Rechtsauskünfte geklärt, die ihrerseits wieder restriktiv ausgelegt werden; das Ergebnis sind engere Formulierungen, als sie je in der Studien- und Prüfungsordnung gestanden hätten.

Szene 2: Der Prüfungsausschuß verzögert viele mündliche Prüfungen durch langwierige Oberprüfungspraktiken; für Studenten wie für Hochschullehrer werden die mündlichen Prüfungen dadurch zum Ärgernis. Man fragt nicht, wer für diese Zusammensetzung des Prüfungsausschusses gesorgt hat, der einen Großteil dieses Ärgers verursacht. Man sorgt für eine neue, bürokratische Regelung. Und ab sofort können mündliche Prüfungen nur noch halbjährlich angemeldet werden.

Szene 3: Im Gegensatz zu der Behauptung der Standesverbände, in Bremen würde eine wissenschaftliche Ausbildung vorzeitig durch Praxisbezug verhindert, ist bislang eher das Gegenteil der Fall: In Bremen wird Theorie gemacht. Den Hochschullehrern der 'zweiten Generation' jedoch zuviel Kritik und zuwenig Psychologie: Es muß mehr Psychologie, und insbesondere Methodik gelehrt werden. Für die liberaleren Hochschullehrer ist die Sache klar: Natürlich müssen auch harte Methoden gelernt werden. Doch auch dieses Argument kippt um: Jetzt wird Statistik gemacht, mathematische Vorbereitungskurse, quantitative Methoden, qualitative Methoden, experimentelle Psychologie ... doch Zeit, Lust und Energie zu gründlicheren Denk- und Reflexionsprozessen haben nur noch wenige. Neben ein paar wenigen inhaltlichen Pro-

jektveranstaltungen wird die Beschäftigung mit grundlegenderen - auch philosophischen, erkenntnistheoretischen - Fragen nicht mehr organisiert. Das 'auch' wird zum Bumerang: Die Theorien, die gerade die kritischen Hochschullehrer voraussetzen, auf denen sie aufbauen, die ihr Denken organisieren, sind heute weder voraussetzbar noch erwerbbar; der Studiengang dörrt inhaltlich aus.

e) ... lechts und rinks kann man nicht velwechsern ...

Wie oben bereits angedeutet, wurden die skizzierten Veränderungen im Studiengang in trauter Eintracht der traditionellen Psychologen mit den 'gewerkschaftlich orientierten' durchgesetzt; die spezifische Rolle der letzteren - der 'Kritischen Psychologie' und der DKP zumindest nicht fernstehenden Hochschullehrer und Mitarbeiter - soll hier kurz beleuchtet werden.

Die Tendenzen zur Curricularisierung und Verschulung wurden von ihnen ganz entscheidend mitgetragen: man wußte, wie ein Psychologe sein sollte, und dementsprechend war dies in einzelne Lernschritte transformierbar. Zentral war die Vorstellung des Praxisbezugs im Studium, wobei Praxisbezug nicht gesellschaftliche Praxis, verändernde Praxis meinte, sondern Berufspraxis. Bei den Studenten löste das Bemühen um Berufspraxisbezug starken Widerstand aus, sah man sich schon als therapeutischer Sozialklempler in einer Institution der psychosozialen Versorgung versacken. Berufsbezug wurde von den 'GO'lern tendenziell gleichgesetzt mit politischem Handeln; die Gefahr, damit nicht nur die Theorie, sondern gerade auch die Praxis zu kastrieren, wurde nicht gesehen.

Der Anteil an Psychoanalyse im Studium sollte durch die Ausweitung von verhaltenstheoretischen und gesprächstherapeutischen Veranstaltungen zurückgedrängt werden; dies führte zu harten Kontroversen in Berufungsverfahren. Die Berufungsverfahren wurden zu einem Lehrbeispiel für die rücksichtslose Durchsetzung der eigenen Positionen und Machtansprüche, studentische Voten fanden keinen Eingang in die Entscheidungsprozesse; in einem Fall wurde selbst noch im Akademischen Senat - dem höchsten Gremium der Universität - erzwungen, einen 'Kritischen Psychologen' zusätzlich auf die Liste zu setzen (gegen das Votum nicht nur der Studenten, sondern auch der Berufungskommission), damit man der Liste nicht die Zustimmung verweigerte.

Eine besondere Rolle spielte von Anfang an der Planer des Studiengangs, der sich sehr früh als Repräsentant dieser Richtung erwies und seine zentrale Stellung im Aufbau des Studiengangs (zuständig für die Planung, Informationsvorsprung, Kontakte ...) vor allem zur Stärkung seiner inhaltlichen und personellen Position benutzte. Auch heute sind die Vertreter 'gewerkschaftlich orientierten' Gedankenguts aktiv daran beteiligt, die Anpassung an den sog. 'internationalen Standard' in der Psychologie voranzutreiben.

f) Der kurze Marsch in die Unmündigkeit

Auch in der Studentenschaft gibt es einen 'Generationswechsel'. In den ersten Jahren beteiligte sich eine relativ große Zahl der Studenten an Diskussionen, Aktionen, Vollversammlungen, Gremienarbeit, Berufungsverfahren etc. Die Studenten hatten zu dieser Zeit im Studiengang real eine große Macht. Diese Generation trat etwa zur gleichen Zeit ab, in der der Studiengang sein Gesicht zu verändern begann. Die Etablierung einer Prüfungsordnung, die für sie nicht akzeptabel war, die Sinnlosigkeit der langjährigen Aktivität in Berufungskommissionen, kurz: die Erfahrung, langfristig als Student doch machtlos zu sein, die bittere Einsicht, dafür die ersten Jahre des Studiums 'geopfert' zu haben, das mögen Gründe für den Rückzug sein. Jedenfalls entstand ein 'Loch', das nie wieder geschlossen wurde.

Die Bedingungen für studentische Aktivitäten haben sich zudem verändert: Der Studiengang befindet sich nicht mehr im Aufbau, sondern in seiner Konsolidierung. Institutionalisierte Abläufe, die die Möglichkeiten des Einflüßnehmens auf tagtägliche Fragen einschränken, bilden heute die Basis studentischer Aktivität. Pragmatischer Studienalltag bestimmt das Bild. Die Diskussion im Rahmen der Landesstudienreformkommission beeinflussen das Geschehen im Studiengang wenig. Studienalltag und Weiterentwicklung des Studiengangs haben sich abgekoppelt. Durch das neue Bremer Hochschulgesetz sind zudem die institutionellen Möglichkeiten zur Durchsetzung studentischer Interessen zurückgenommen worden: In den Gremien haben wieder die Professoren eine feste Mehrheit. Von seiten der Hochschullehrer wird studentischer Kritik in der Regel mit dem Hinweis begegnet: Macht doch eine Gegenplanung, wenn euch unsere Vorstellungen nicht gefallen. Wir machen einen Studienordnungsentwurf - macht doch auch einen ... Doch genau das wollen die Studenten nicht: die Form behalten und nur durch alternative Inhalte ersetzen. Wir wollen keine Alternativ-Verplanung bzw. Alternativ-Vercurricularisierung. Die studentische Politik in einer Situation der Defensive, des Ausgeklammert-Seins aus den Kommunikationsbeziehungen am Studiengang, der Nichtexistenz einer demokratischen Studiengangöffentlichkeit befindet sich in der Situation des Nachlaufens, des Bremsers; 'nicht so viel', 'nicht so verregelt', 'mehr Freiräume'. Der Versuch, die stärkere Durchstrukturierung des Studiums aufzuhalten, wäre auf eine engagierte Mehrheit angewiesen, die auch in Hochschullehrerkreisen Unterstützung finden müßte. Es macht in der augenblicklichen Machtlage wenig Sinn, positiv eigene Vorstellungen zu entwickeln. Die Tendenz geht in eine andere Richtung. Das spüren alle.

Ein Moment zum Verständnis studentischer Untätigkeit liegt auch im Ausmaß an Infantilisierung, das die studentische Lebenswelt mit sich bringt. Der sehr hohe Alters-

durchschnitt Bremer Psychologiestudenten, die vielfältigen Lebenserfahrungen, mit denen Studenten zur Uni kommen, werden plötzlich negiert; man ist Studienanfänger, prinzipiell dumm, und muß nun mit allen möglichen Mitteln durch ein vorbestimmtes Curriculum geschleust werden. Die Produkte des eigenen Tuns: Referate, Seminar-papiere etc. gehen in der Gleichgültigkeit des Ausbildungsbetriebes und im Papierstapel von Mitstudenten und Hochschullehrern unter; die Folgenlosigkeit und Beliebigkeit des eigenen Tuns im akademischen Betrieb tun ihr übriges. "Schlimm genug das Studium: ständig geschwängert zu werden, ohne gebären zu können" (Brigitte Heidebrecht).

Hochschullehrer führen wichtige Diskussionen nicht in den Projekten, sondern auf den Dienstag-Abend-Treffs der Hochschullehrer - ein weiteres Moment der Entmündigung und Infantilisierung. Nicht mal böse Väter hat man mehr; es fehlen die Adressaten, es stehen sich nicht mehr Personen gegenüber, sondern bloß noch Ausschüsse und Beschlüsse. Doch die Studenten dulden das. Sie lernen hinzunehmen, was mit ihnen gemacht wird, und sie nehmen hin. Die einzige größere Auseinandersetzung des letzten Jahres entspannt sich um die Frage der Teilnahmenachweise in Statistik (inzwischen werden auch in Bremen Klausuren geschrieben, und wir haben es geschafft, die überall stattfindende Statistik-Diskussion auch nach Bremen zu bekommen). Diese Auseinandersetzung wurde jedoch penetrant genug den Studenten vom betreffenden Hochschullehrer aufs Auge gedrückt.

Dennoch - es bleibt zu fragen, wie es kommt, daß der größte Teil der Studenten ihrem universitären Schicksal sowie universitären Abläufen so gleichgültig gegenübersteht. Auf alle Fälle bleibt festzuhalten, daß die studentische Untätigkeit ebenfalls einen wesentlichen Beitrag zur Umstrukturierung des Studiengangs leistet. Wenn mich meine Beobachtungen nicht täuschen, erwarten die meisten Studenten, daß die Universität ihnen etwas bietet; es gibt z.B. sehr wenige Formen und Ansätze zu einer Selbstorganisation. Und wenn dann aus den Mutterbrüsten der alma mater keine süße Milch fließt, wendet man sich enttäuscht ab. Diese 'Ent-Täuschung' könnte eine sehr wichtige Erfahrung sein, nämlich, daß die bestehende Organisation des Wissenschaftsbetriebes und der Ausbildung eben keine liebevolle Mutter repräsentiert, sondern allemal eher die üblichen versagenden und kränkenden Bedingungen einer letztlich doch systemkonformen Institution. Doch um die universitären Beschädigungen in diesem Sinne produktiv aufarbeiten zu können, müßte ein Rahmen dafür geschaffen werden. Für einen Studiengang Psychologie, der immerhin den Auftrag hat, Menschen dafür auszubilden, daß sie das Leiden anderer Menschen verstehen und damit umgehen können, wäre eine kollektive Reflexion auf die Bedingungen universitärer Sozialisation, eine Form institutioneller Selbstreflexion sehr vonnöten. Doch statt diese Ausbildungsaufgabe ernst zu nehmen, verharren die Hoch-

schullehrer in kollektiver Selbstverleugnung und projizieren ihre uneingelösten Ansprüche auf die Studenten. (Da in ihrer Wissenschaft Selbstreflexion in der Regel nicht vorgesehen ist, bleibt ihnen selbst der Zugang zu dieser Problematik versperrt.)

In der Präambel des Studienordnungsentwurfs einer Arbeitsgruppe des Studiengangs vom letzten Jahr heißt es, die Studenten sollen zu einer aktiveren Gestaltung der gesellschaftlichen Realität in der Lage sein. Dadurch, daß man unseren Gestaltungsraum einschränkt?

Wir sollen zu einer Humanisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen beitragen. Dadurch, daß wir mit Leistungserhöhungen, Formalisierungen, Kommunikationsabbrüchen und Bürokratisierungen übersät werden? Wir sollen zu einer Demokratisierung des Bildungs- und Erziehungswesens beitragen. Etwa dadurch, daß man uns erklärmaßen aus dieser Studienordnungsplanungskommission ausschließt und anschließend das Ergebnis, das immer nur den Stellenwert eines 'unverbindlichen Planungsentwurfs' beansprucht, gegen die Studenten in die Praxis umsetzt? Diese praktizierte Demokratisierung des Bildungs- und Erziehungswesens wollen wir nicht!

Die Erwartungshaltung vieler Studenten an eine sie umsorgende Universität wird vermutlich nicht zuletzt durch die eigenen Ansprüche gerade der Bremer Reformhochschule mit produziert. (Ansprüche wie Einheit von Theorie und Praxis, die vielleicht von Anfang an uneinlösbar waren und systematisch Enttäuschungen produzieren mußten.) Das Versprechen, in Projekten zu studieren, exemplarisch zu lernen, selbstorganisierte Lernprozesse ermöglicht zu bekommen, mit den Hochschullehrern gemeinsam Projekte zu planen etc., der freundschaftliche, duzende Umgang miteinander, Hochschullehrer mit dem Gestus 'das machen wir schon alles' und 'wir kommen schon noch zu dem, was ihr wollt' verhindern gerade eine Auseinandersetzung und produzieren geradezu double-bind-Situationen: Die Studenten können ihr Erleben nicht ernst nehmen; das Erleben, daß die universitäre Wirklichkeit eben doch etwas ganz anderes ist als das, was auf diskursiver Ebene behauptet wird.

Ausblick

Die etwas personalisierende Argumentation dieses Artikels ist sicherlich meiner Wut und Enttäuschung über das beschriebene Geschehen geschuldet. Es gälte, in einer genaueren Analyse, die ich alleine jedoch nicht erstellen kann, herauszuarbeiten, inwiefern im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Erwartungen, institutionellen Abläufen, individuellen Berufs- und Karrierevorstellungen und Wünschen, bildungspolitischen Klimaveränderungen usw. usw. für alle Beteiligten die Situation eine Überforderung beinhaltet und objektiv kränkend ist. Es ließe sich dann vermutlich zeigen, daß es bestimmte gesellschaftliche Tendenzen sind, die sich

im Niedergang des Bremer Reformstudiengangs ausdrücken, und daß sich diese gesellschaftlichen Tendenzen nicht nur auf den machtpolitischen Schienen, sondern gerade auch im und durch den Selbstbehauptungskampf der einzelnen Mitglieder und Gruppen des Studiengangs durchsetzen. Hinter deren Rücken, versteht sich.

Es bleibt für mich auch die Frage, ob es überhaupt möglich gewesen wäre, in einer in bestehende politische Strukturen eingebundenen Organisation wirklich einen 'anderen' Studiengang aufzubauen. Die beklagte Rückgratverkrümmung sowohl im Verhalten des Studiengangs gegenüber dem Senator als auch in der Erwartenshaltung der Studenten gegenüber den Hochschullehrern ist jedoch sicherlich Ausdruck jenes deutschen 'Gehirnschrittmachers' (Sonnemann), der an die Stelle von Selbstorganisation und lustvollem Widerstand das Plädoyer an die Obrigkeit setzt.

Erhard Tietel
Tresckowstraße 34/36
2800 Bremen

Anzeige

**PSYCHOLOGIE &
GESELLSCHAFTS
KRITIK** **26/27**



FRAUEN & PSYCHOLOGIE

- Frauenbild von Gestalttherapie
- Arbeitswissenschaftliches Frauenbild am Beispiel Menstruation
- Akademikerinnenarbeitslosigkeit
- Frauen und Psychologie
- Frauen im Wissenschaftsbetrieb
- K. Homey als Psychoanalytikerin
- Matriarchatsdebatte

*Erhältlich in jeder Buchhandlung
zum Preis von 15,- DM oder direkt
bei der Redaktion:*
Hagelmannsweg 3 b
D-2900 Oldenburg